



25.04.2012 | Nr. 199/12

Heike Franzen: Ruhe an den Schulen und Konzentration auf Qualitätsverbesserung sind das Gebot der Stunde

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Ich werde nicht auf alle heute zur Debatte stehenden Anträge eingehen, da wir einen großen Teil davon bereits in der letzten Landtagssitzung behandelt haben. Zunächst einmal möchte ich den beiden Ministern Herrn de Jager und Herrn Dr. Klug für ihre Berichte danken. Die Koalitionsfraktionen haben diese Berichte erbeten, um klar aufzuzeigen, welche positiven Weiterentwicklungen in der Lehrerbildung stattgefunden haben. Nachdem die letzte rot/grüne Landesregierung noch in den letzten Zügen liegend, die Seminarstrukturen in der 2. Ausbildungsphase ohne Not zerschlagen hatte, haben wir uns bereits in der großen Koalition für eine Verbesserung der Situation der Lehramtsanwärter eingesetzt.

Um einzelne Module zu besuchen mussten sie durch ganz Schleswig-Holstein reisen. Feste Gruppen und eine damit verbundenen vertrauliche Reflektion von Unterrichtsarbeit waren nicht mehr möglich. Mit der neuen APO gibt es semesterübergreifende Ausbildungsgruppen. Das fördert die Teamarbeit und den direkten fachdidaktischen Austausch. Die Ausbildungsangebote sind regionaler geworden und die Anzahl der Beratungsbesuche der Studienleiter ist angehoben worden. Darüber hinaus können auch die staatlich anerkannten Ersatzschulen Ausbildungsschulen werden. Ein ganz wesentlicher Bestandteil der 2. Phase der Lehrerbildung ist darüber hinaus die Qualifizierung für den Bereich Deutsch als Fremdsprache für alle angehenden Lehrkräfte.

Wir sind davon überzeugt, dass die Lehrerbildung an das bestehende Schulsystem angepasst werden muss. Die Landesregierung hat das in Zusammenarbeit mit der Universität in Flensburg auf den Weg gebracht. Es wird ab dem Wintersemester 2013/2014 erstmalig ein neues Lehramt für Regional- und Gemeinschaftsschulen geben und genauso erstmalig ein eigenständiges Lehramt für die Grundschulen. Wir stehen zu den bestehenden Schularten und wollen sie auch mit den dafür ausgebildeten Lehrkräften versorgen. Dabei wollen wir insbesondere bei der Ausbildung der Grundschullehrkräfte auf die besonderen Ansprüche an dieses Lehramt eingehen.

Die Schülerschaft in den Grundschulen verändert sich Zusehens, damit einher geht ein höherer pädagogischer Anspruch, dem wir gerecht werden wollen. Bereits 7

andere Bundesländer gehen diesen Weg, 6 weitere planen die Einführung, insbesondere auch um die Didaktik für den Übergang von der Kindertagesstätte auf die Grundschule zu verbessern. Frühkindliche Entwicklung endet nicht mit der ersten Klasse. Daher sind wir auch der Auffassung dass wir für die Entwicklung von Bildungsbiografien den Bereich der KiTa und die Grundschulzeit viel stärker als bisher, als eine gemeinsame Entwicklungsphase begreifen müssen. Dem dient auch die Neuausrichtung der Lehrerbildung.

In beiden Studiengängen werden der Praxisbezug, das Thema Heterogenität, der Umgang mit Differenzen, die Diagnose und die Förderung von Kindern, der Bereich Deutsch als Fremdsprache und auch die Medienkompetenz breiteren Raum einnehmen, als das bisher der Fall gewesen ist. Und auch das entspricht den Herausforderungen von unseren Schulen heute.

Die Fraktionen der Opposition sehen das bekanntlich anders. Sie wollen den Stufenlehrer einführen und damit die schulartbezogene Lehrerausbildung abschaffen.

Sie leisten damit die Vorarbeit für das in Ihrem Wahlprogramm verankertem langfristigem Ziel „eine Schule für alle“! Mühsam versuchen Sie jetzt im Wahlkampf diesen Angriff auf unsere Gymnasien zu vertuschen. Herr Albig behauptete im Radiointerview am letzten Sonntag sogar, die Vorstellung „eine Schule für alle“ sei die Gemeinschaftsschule, sei eine Vorstellung aus dem letzten Jahrhundert. „Eine Schule für alle“, das gehe auch am Gymnasium. Zumindest bestätigt Herr Habersaat in seiner Presse von gestern, dass das langfristige Ziel der SPD eine Schule für alle ist. Nur wann es soweit ist, sagt er nicht. Herr Stegner bekräftigte in einem Interview des Hamburger Abendblattes, dass noch in der nächsten Legislatur die Regionalschulen abgeschafft werden. Herr Albig toppt das noch und sieht die Abschaffung der Regionalschule bereits in seinem Hunderttageprogramm vor – Entschuldigung! Bei Herrn Albig heißt das ja „runder Tisch“ zur Weiterentwicklung.

Die Grünen wollen einen Bildungskonvent. Alle sollen daran beteiligt werden. Ich will nur mal darauf hinweisen, dass der Landesschulbeirat, der alle wesentlichen, an Bildung beteiligten Institutionen umfasst, rund 40 Mitglieder hat. Da sind die politischen Parteien noch nicht dabei. Das bedeutet eine weitere Debatte über die Schulstrukturen in diesem Land. Das klingt auf den ersten Blick pragmatisch. Doch wenn man auf die ganzen runden Tische der Opposition mal die Wahlprogramme legt, dann sieht die Sache schon anders aus. Tatsächlich schreiben sie in ihren Wahlprogrammen alle unisono, dass es ihr Ziel ist, alle Schularten abzuschaffen und nur noch eine Schule für alle in diesem Land als Schulart vorzusehen. Das jetzige Schulsystem sehen sie lediglich als Übergangslösung an. Es wird also auf dem Bildungskonvent nur darum gehen können wie lange diese „Übergangslösung“ Bestand haben soll. Klar haben auch die Grünen in ihrem Wahlprogramm formuliert, dass G9 an den Gymnasien wieder abgeschafft wird, genauso wie die Regionalschulen. Ihren Bildungskonvent schieben sie nur vor, um von ihren tatsächlichen Zielen abzulenken.

Das ist keine Kaffeesatzleserei von mir. Es gab bereits 2005 einen Koalitionsvertrag von SPD und Grünen und eine Tolerierungsvereinbarung mit dem SSW, die genau

diese Entwicklung beinhaltet. Wäre Heide Simonis damals nicht gescheitert, dann gäbe es in unserem Land vermutlich längst keine Gymnasien mehr. Und auch die Bildung von Oberstufenzentren, die Abschaffung der Schulartempfehlungen und des Klassenwiederholens waren damals schon beschlossene Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, sie werden sich im Übrigen mit ihrem Bildungskonvent ganz schön beeilen müssen. Der Wunschkoalitionspartner möchte die ersten Strukturveränderungen an den Schulen, wie die Abschaffung der Regionalschule bereits in den ersten hundert Tagen umsetzen, und davon sind 42 Tage Sommerferien, das wird sportlich! Daran kann man sehen, wie der umfassende Dialog von Torsten Albig mit den Menschen aussehen soll.

Für uns – und wie Sie heute der Allensbach-Studie entnehmen können, auch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung – ist das gegliederte Schulwesen keine Übergangslösung, sondern die Zukunftsperspektive für Schleswig-Holstein. Die Bundesländer in Deutschland die dieses Modell praktizieren liegen in den Bildungsstudien vorne.

Wir stehen zu den in der großen Koalition verabredeten Schularten. Ganz anders unser damaliger Koalitionspartner. Regional- und Gemeinschaftsschulen haben wir 2007 gemeinsam beschlossen und eingeführt. Jetzt will die SPD die Regionalschulen so schnell wie möglich wieder abschaffen, ganz gleich wie sich die einzelnen Schulen entwickelt haben. Das ist alles andere als Schulfrieden. Ich bin mit meiner Fraktion der Auffassung, dass die Regionalschulen den gleichen Bestandsschutz genießen müssen wie die Gemeinschaftsschulen. Wir haben es mit der Schulgesetznovelle möglich gemacht, dass sich Schulen vor Ort in eigener Verantwortung entwickeln können. Und zwar so, wie sie es für richtig halten. Unser Ziel ist das diese beiden Schularten sich auf diese Weise langsam und behutsam zu einer Schulart entwickeln. Und deswegen werden wir uns auch nicht an weiteren Strukturveränderungen beteiligen. Wir stehen an der Seite unserer bestehenden Schulen!

Wenn es darum geht, wie wir Schule weiterentwickeln wollen, dann müssen wir uns damit beschäftigen, was gute Schule und guten Unterricht ausmacht. Auch das bestätigt die Allensbach-Studie. Welche Inhalte wollen wir unseren Kindern heute vermitteln? Wie erreichen wir es, dass sich alle Kinder, egal mit welchen Voraussetzungen sie an unsere Schulen kommen, ob mit einer Hochbegabung, ob mit einer Behinderung oder mit einem bildungsfernen Elternhaus, in unseren Schulen wohl fühlen, Vertrauen haben und sich zu Persönlichkeiten entwickeln? Wie können wir unsere Schulentwicklungsplanung so gestalten, dass wir trotz der starken Schülerrückgänge es schaffen auch im ländlichen Raum alle Schulabschlüsse vorzuhalten?

Dafür brauchen wir motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wir sind hier mit der Universität Flensburg auf dem richtigen Weg. Deutsch als Fremdsprache muss Bestandteil der Lehrerbildung sein. Das haben wir in der 2. Phase der Lehrerbildung sichergestellt.

Wir brauchen in den Schulen Maßnahmen, die die Lehrkräfte bei ihrer Arbeit

unterstützen und Kinder fördern und fordern. Das haben wir mit der Einführung der Schulsozialarbeit, der gesetzlichen Verankerung der Inklusion in der Schule und der Begabtenförderung auf den Weg gebracht.

Das Prinzip der selbständigen Schule wollen wir weiter voranbringen. Insbesondere auch zur Motivation von allen an Schule beteiligten. Entscheidungen und Zielvereinbarungen, die die Lehrkräfte, die Eltern und die Schüler vor Ort gemeinsam getroffen haben, haben eine höhere Akzeptanz, als die Entscheidungen, die von „oben“ getroffen werden. Schulen tragen eine hohe Verantwortung für die Bildungsbiografien von Kindern. Dazu gehört auch die Verantwortlichkeit für den Unterricht.

Eines haben doch die vergangenen Jahre gezeigt. Und ich sage das auch selbstkritisch. Die ständigen Diskussionen über die Schulstrukturen haben nicht gerade zur Motivation unserer Lehrkräfte beigetragen. Und deswegen muss damit auch Schluss sein.

Christian von Boetticher, Marion Herdan und ich sind in der Vorbereitung auf unser Bildungsprogramm in allen Kreisen in Schleswig-Holstein gewesen, um mit den Menschen vor Ort zu diskutieren und vor allen Dingen um zuzuhören. Die Schulen wollen Ruhe und das wissen sie auch. Darum verpacken sie ihre Strukturveränderungen in Watte aus Bildungskonvent und das Gymnasium als „eine Schule für alle“. Wenn sie es mit der Ruhe im Schulsystem ernst meinen, dann stimmen sie heute unserem Antrag zu.

Ein Wort noch zu dem Antrag der Linken, zum Analphabetismus. Es ist ja ehrenwert, dass sie dem Analphabetismus entgentreten wollen. Aber dass sie von dieser Landesregierung erwarten, wahrscheinlich noch möglichst vor der Wahl, einen mit dem Bund und den anderen Bundesländern gemeinsam erarbeiteten Umsetzungsplan vorzulegen ist, wie auch ihre anderen Anträge, auf die ich daher gar nicht eingegangen bin, völlig realitätsfern.

Für den Bericht der Landesregierung beantragen wir die Kenntnisnahme. Für die anderen Anträge die Abstimmung in der Sache.